

DEUTSCHER BUNDESTAG
15. Wahlperiode
Ausschuss für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen

Berlin, den 20.01.2005

Tel.: 227-32426 (Sekretariat)
Tel.: 227-30480 (Sitzungssaal)
Fax: 227-30017 (Sekretariat)
Fax: 227-36480 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!

Die 64. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen findet statt am:

Mittwoch, dem 26. Januar 2005, 13:00 Uhr,
10117 Berlin
Sitzungssaal: Raum E 600
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Str. 1

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Anhörung zu dem

- 1 Antrag der Abgeordneten Klaus Minkel, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Wohneigentumsförderung weiterhin notwendig

BT-Drucksache 15/3714

Federführend:

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Wolfgang Spanier [SPD]



Eduard Oswald, MdB
Vorsitzender

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berlin, den 20. Januar 2005

Zu der Anhörung am 26. Januar 2004 (Antrag der CDU/CSU Fraktion Wohneigentumsförderung weiterhin notwendig) eingeladene Sachverständige

Prof. Dr. Thomas Dommermuth	FH Amberg-Weiden, Weiden
Lutz Freitag	Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen e. V., Berlin
Dr. Hartwig Hamm	Verbandsdirektor der Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen im Deutschen Sparkassen und Giroverband e. V., Berlin
Dipl.-Soz. Wolfgang Kiehle	Wohnbundberatung NRW, Bochum
Prof. Dr. Paul Klemmer	Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V., Berlin
Dr. Franz-Georg Rips	Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes e. V., Berlin
Dr. Andreas Stücke	Generalsekretär Haus & Grund Deutschland, Berlin
Andreas J. Zehnder	HGF Verband der Privaten Bausparkassen e. V., Berlin

**Fragenkatalog aller Fraktionen
Anhörung zum Antrag „Wohneigentumsförderung weiterhin notwendig“**

Folgende Themenkomplexe mit weiterführenden Stichpunkten sollen erörtert werden:

1. selbstgenutztes Wohneigentum als gesellschaftspolitisches Ziel und als Instrument der Stadtentwicklung

- Wunsch der Bevölkerung nach Wohneigentum; Gründe
- regionale Unterschiede bei der Quote selbstgenutzten Wohneigentums
- Unterschiede bei der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums im Verhältnis Mietwohnungsförderung, bzw. zu den Wohnungsgenossenschaften
- Wohneigentum in Städten – als Mittel zur sozialen Stabilisierung geeignet?
- die Bedeutung selbstgenutzten Wohneigentums für die Bevölkerung in ländlichen und strukturschwachen Regionen
- Zukunft der Förderung des Erwerbs von Genossenschaftsanteilen (§17 Eigenheimzulagegesetz)

2. familienpolitische Bedeutung des selbstgenutzten Wohneigentums

- Finanzierungsprobleme junger Familien mit Kindern beim Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums
- familiengerechter Wohnraum (Wohnraumgröße, Wohnkosten, Lage)
- tatsächliche Wohnraumversorgung für Familien mit Kindern in Deutschland
- welche Möglichkeiten und Bedürfnisse werden gesehen, über die derzeitigen Regelungen der Eigenheimzulage hinaus, Familien mit Kindern beim Erwerb selbst genutzten Wohneigentums zu unterstützen

3. Beurteilung der gegenwärtigen Förderbestimmungen des Eigenheimzulagegesetzes

4. bessere Integration der Immobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge

- Bedeutung selbstgenutzten Wohneigentums für die private Altersvorsorge
- Wertbeständigkeit / Risikopotential der selbstgenutzten Immobilien für die Altersvorsorge im Vergleich zu Finanzprodukten
- Vorschläge zur besseren Integration der selbstgenutzten Immobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge; ggf. als alternative Wahloption zur staatlich geförderten Geldrente